1114/A(E) XXVIII. GP

Eingebracht am 15.10.2026
Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Ing. Mag. Volker Reifenberger
und weiterer Abgeordneter
betreffend **Schluss mit politischer Schattenfinanzierung: Mehr Transparenz bei Beschaffungsvorgängen schaffen**

In seinem Bericht betreffend „Ausgewählte Leistungen der Bundesministerien im Zusammenhang mit politischen Parteien“ (Reihe BUND 2026/31)[1] hält der Rechnungshof fest,

> „*dass die Bundesministerien (Arbeits- bzw. Wirtschaftsministerium, Bildungsministerium, Finanzministerium, Innenministerium, Justizministerium, Bundeskanzleramt, Landwirtschaftsministerium und Verteidigungsministerium) (gesetzliche) Vorgaben nicht einhielten, das Verwaltungshandeln nicht ausreichend dokumentierten, Leistungen nicht korrekt verrechneten und Compliance-relevante Vorgaben im Zusammenhang mit Veranstaltungen nicht vollständig einhielten.*
>
> *[…]*
>
> *Er empfahl dem Finanzministerium, dem Verteidigungsministerium sowie dem nunmehrigen Wirtschaftsministerium, bei Beauftragungen Vergleichsangebote bzw. Preisauskünfte einzuholen und entsprechend zu dokumentieren.*
>
> *Weiters empfahl er*
> - *dem Verteidigungsministerium, die Meldepflichten an die Bundesbeschaffung GmbH einzuhalten*.“[2]

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

[1] https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/2026_31_Ausgewaehlte_Leistungen_Bundesministerien.pdf (aufgerufen am 05.10.2026)
[2] Ebd., S.123f

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:
„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Landesverteidigung, wird aufgefordert,

- bei Beauftragungen Vergleichsangebote bzw. Preisauskünfte einzuholen und entsprechend zu dokumentieren sowie
- Meldepflichten an die Bundesbeschaffung GmbH einzuhalten.“

In formeller Hinsicht wird ersucht, diesen Antrag dem Landesverteidigungsausschuss zuzuweisen.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.
www.parlament.gv.at